

Bezirksvorsitzender
Oliver Antretter
Hans-Holbein-Str. 26
94469 Deggendorf
Tel.: 0179/2015039
E-Mail: oantretter@yahoo.de



Deggendorf, 29.04.2026

An

die Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1

80535 München

z.Hd. Herrn Ministerpräsidenten Markus Söder

Brand-Bittbrief der CSA Niederbayern - Näher am Menschen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Markus,

der Vorstand der CSA Niederbayern macht sich große Sorgen um die Zukunft der CSU und ihre Wählerschaft. Wir befürchten ein weiteres Abwandern von Wählern und Erstarren der AfD, aber auch FWG.

Daher hat die CSA in einer CSA-Bezirksvorstandssitzung vom 09.04.2026 einheitlich beschlossen, dass die CSA-Niederbayern als Vertreter der größten Wählerschaft, nämlich der Arbeitnehmer, an Dich als Ministerpräsident und Vorsitzender der CSU herantritt. Wir wollen unsere Ansichten und die von vielen Wählern, aber auch Bürgermeistern, Gemeinde- und Stadträten, die schon jetzt hinsichtlich der nächsten Kommunalwahl um ihre Ämter fürchten, an Dich weitergeben. Zusammenfassend geht es darum, dass Wahlversprechen gehalten werden müssen und die Politik wieder glaubwürdig, bürgernäher sowie ehrlicher werden muss. Die Politik muss für die Menschen da sein und nicht umgekehrt. Wenn es so weiter geht wie bisher, wird die CSU, aber auch die CDU, bei den nächsten Wahlen noch herbere Verluste einfahren wie bisher und die AfD die Mehrheit gewinnen. Die AfD darf nicht zur Volkspartei werden! Hier einige Punkte, die für Unzufriedenheit sorgen:

Kraftstoffpreise/1.000 €

Verbraucher sind frustriert, da die Kraftstoffpreise extrem hoch sind und die Bundesregierung lange Zeit nicht gewillt war, dem ernsthaft entgegen zu wirken. Erst nach enormem Druck durch die Gesellschaft und Wirtschaft und weil es uns andere Länder vormachten, wurden Schritte eingeleitet. Dass das mit der einmaligen Spritpreiserhöhung am Tag keine gute Idee ist, wussten wohl die Laien, aber nicht die Experten. Die Gesellschaft weiß sehr wohl, dass die Steuereinnahmen bei hohen Spritpreisen und damit begründeten steigenden Lebensmittelpreisen sich erhöhen. Die Bürger wissen aber auch, dass sich die Entlastungsprämie bis zu 1.000 € gut anhört, aber diese wohl kaum von einem Unternehmen oder dem Staat als Arbeitgeber bezahlt wird, weil es kein „muss“ ist. Das zögern und Vorschläge dieser Art fördern die AfD, welche bei Umfragen die CDU/CSU bereits überholt, ohne etwas dafür tun zu müssen. Das zeigt die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung und bringt den Begriff des „Wutbürgers“ wieder ins Spiel. Wir glauben, dass es den Bürgern nicht um die abzulehnenden Inhalte der AfD-Politik geht, sondern eher um die aktuelle Politik.

Gründung von Kommissionen für Reformen

Seit Jahrzehnten ist der demografische Wandel bekannt und daher auch die Auswirkung auf die Renten-, Kranken und Pflegekassen. Eine Reißleine versucht man jetzt, zu spät, zu ziehen. Die Folge werden finanzielle Einschnitte sein, die weh tun. Sehr zu spüren bekommen dies die durchschnittlich verdienende Bevölkerung und noch viel mehr Geringverdiener, Rentenempfänger und Menschen, die kaum etwas erben, jedoch den Großteil der Wählerschaft darstellen. Vermögen anhäufen kann nur wer gut verdient oder erbt, womit oft Migranten nicht dieser Personengruppe angehören.

Was der Bürger nicht versteht am Beispiel Rente: So wie es aussieht, wird die Rentenkommission vorschlagen, dass die private Altersvorsorge gestärkt wird, was aber schon bei der Riesterrete überwiegend nicht funktionierte, aber für die Versicherungsbranche schon alleine durch die hohen Verwaltungsgebühren ein einträgliches Geschäft war. Nun möchte man denselben Fehler wieder machen, oder glaubt man wirklich, dass die Versicherungsbranche die Bearbeitungsgebühren, ob einmalig oder jährlich, senken wird? Trotz Digitalisierung muss man teilweise einen Monatsbetrag dafür bezahlen, um als Gegenleistung einen jährlichen Kontoauszug zu erhalten. Der Verdacht einer erfolgreichen Lobby-Arbeit liegt nahe, insbesondere bei Aussagen des Bundeskanzlers Friedrich Merz, dass die Rente nur noch eine Basisabsicherung sein soll und man sich privat vorsorgen soll. Merz war übrigens Gründungsmitglied des Fördervereins der Lobbyorganisationen und ist Mitglied bei Aufsichtsräten/Bei- und Verwaltungsräten der DBV Winterthur Holding, Axa-Versicherung und vielen anderen Wirtschafts- und Finanzunternehmen, womit dessen Interessen wohl klar auf der Hand liegen und nicht bei der überwiegenden Wählerschaft sein dürften. Geringverdiener, Alleinerziehende oder Familien mit hohen Mietzahlungen werden jedenfalls kaum etwas für eine private Rentenvorsorge zur Seite legen können, da die Lebenshaltungskosten hoch sind und Mieten, insbesondere nach einer energetischen Sanierung, steigen. Altmieten können sich dann die Miete oft nicht mehr leisten und müssen „ihre“ Wohnung nach Jahrzehnten der Nutzung aufgeben – ich würde das nicht wollen. Aber auch hierfür würde die AfD sicherlich eine Antwort finden, die sie zwar nicht umsetzen kann, aber zu mehr Wählern führt. Außerdem muss sich die Arbeitsleistung wesentlich besser lohnen, als gezahlte Sozialleistungen – hierbei geht es um Gerechtigkeit und die Wertschätzung einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit, die zum Leben ausreichen muss.

Familiengeld/Pflegegeld

Das Familiengeld wurde eingestellt und durch ein einmaliges Kinderstartgeld von 3.000,00 € ersetzt. Über die Kürzung (2.700 € je Kind) sollen jedoch strukturelle Verbesserung in der Kinderbetreuung finanziert werden. Nun ist es aber für Eltern nicht nachvollziehbar, wenn trotz der Kürzung die Beiträge für eine Kindergartenunterbringung steigen. Laut einem CSU-Bürgermeister einer kleineren Gemeinde führt dies ihm gegenüber zu großen Protesten und Frust.

Ähnlich soll mit dem gekürzten Pflegegeld verfahren werden. Allerdings steigen auch hier die Pflegekosten stationär/ambulant ungebremst nach oben. Auch dies verstehen die Betroffenen nicht und gehen von einer Lüge aus.

Die CSA Niederbayern fordert diesbezüglich einen Nachweis hinsichtlich der Verwendung des nicht mehr ausgezahlten Pflegegeldes und des gekürzten Familiengeldes.

Pflege

Wenn laut Bundesgesundheitsministerin Nina Warzen die Pflege noch mehr kosten soll, teilweise wird von 5.000,00 € Zuzahlung beim Pflegegrad 5 für ein Pflegeheim ausgegangen, dann ist klar, wer bei einer Rente von meist unter 1.200 € für die Zuzahlung aufkommen wird, nachdem ggf. das Ersparnis und die Immobilie hierfür verloren gingen. Und auch das führt zum Frust des Normalverdieners der Mittelschicht. Die CSA Niederbayern fordert im Fall einer Heimunterbringung übrigens ein wesentlich höheres Schonvermögen von mindestens 50.000

€ pro Person, damit wenigsten Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet sowie gespart haben, durch die Pflegeheimkosten nicht alles verlieren und mehr Gerechtigkeit erfahren.

Superreiche könnten mehr leisten

Von sehr vielen Mittelschichtlern werden deren Abgabenlast als ungerecht empfunden.

Viele vertreten die Meinung, dass es legale steuerliche Schlupflöcher für reiche Menschen und deren steuerlichen und juristischen Möglichkeiten gibt, was z.B. die Erbschaftssteuer betrifft. Insgesamt sollten sich Superreiche finanziell mehr mit dem Staat identifizieren und leisten. Immerhin erhielten auch große Firmen wie BMW, deren Erben Susanne Klatten und Stefan Quandt ein Vermögen von über 36 Mrd. € haben sollen, trotzdem während der Coronapandemie steuerfinanziertes Kurzarbeitergeld. Unbekannt ist, wieviel davon zurückbezahlt wurde... Vermutungen gibt es viele. Diese und ähnliche Bevorteilungen gefallen den Bürgern nicht. Superreiche könnten mehr für den Sozialstaat leisten. Diese wurden meist nicht von selbst reich, sondern durch die Arbeit vieler Arbeitnehmer, welche das Unternehmen zum Erfolg führten.

Ganz wichtig

Es muss unbedingt ein Konzept als Offensive gegen die AfD z.B. von der Hanns-Seidel-Stiftung erarbeitet werden. Wir, die CSU, müssen ein offensichtlich verspieltes Vertrauen zurückgewinnen. Es dürfen auch keine unbedachten Aussagen gemacht werden oder der Verdacht einer Freundchen-Wirtschaft in der Politik aufkommen. Auch die höchsten Politiker dürfen den Boden unter den Füßen nicht verlieren. Die Aldi Verkäuferin und der Handwerker usw. sind die besten Ansprechpersonen um zu erfahren, was Volkes Stimme denkt. Der direkte und ungeschönte Bürgerkontakt findet in den Gemeinden statt. Um eine bedachte Politik wird gebeten. Dies werden Wähler auch honorieren. Es kam auch bei den Beamten nicht gut an, dass nach der Kommunalwahl verkündet wurde, dass die Gehaltserhöhungen erst im Oktober ausbezahlt werden. Es bleibt zu vermuten, dass dies die Stichwahlen beeinflusste.

Die CSA-Niederbayern würde sich über eine Reaktion auf unser Schreiben freuen, das ich im Namen des CSA-Vorstandes erstellen durfte. Vielen Dank!

Hochachtungsvoll



Oliver Antretter

CSA-Bezirksvorsitzender, stv. CSA-Landesvorsitzender

Anita **Mayer**, Georg **Schwarzfischer-Engel**, Josef **Himsl**, stellv. Bezirksvorsitzende